

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 02.02.2006 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Hartmut Ahold	Bocholt	
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Bernd Bense	Schöppingen	
Hubert Bestert	Südlohn	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	
Heidi Buskase	Gronau	
Herr Roman Cebaus	Stadtlohn	ab TOP 3
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Manfred Epping	Schöppingen	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Magdalene Garvert	Rhede	
Veronika Giesing	Isselburg	
Gerhard Gleis-Preister	Gronau	
Hermann Horstick	Gescher	ab TOP 3
Hans Hund	Bocholt	
Markus Jasper	Heek	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	
Johannes Maus	Velen	
Klaus Meyermann	Bocholt	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	
Bernd Schlipsing	Vreden	
Martin Schmitz	Gescher	
Rudolf-Josef Schmitz	Heek	

Werner Schnappenberger	Borken	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Ursula Schulte	Vreden	
Friedel Sebastian	Raesfeld	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	ab TOP 3
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Silke Sommers	Bocholt	
Winfried Sperlbaum	Borken	
Jens Steiner	Heek	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Richard Temminghoff	Raesfeld	
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Bernhard Völkering	Gronau	
Clemens Voß	Schöppingen	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Heinrich Weddeling	Südlohn	bis TOP 4
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Holger Weiß	Bocholt	
Gertrud Welper	Vreden	
Ursula Zurhausen	Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
 Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
 Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
 Wilfried Kersting
 Burkhard Venhues
 Kirsten Tenspolde

Es fehlen entschuldigt:

Gerhard Preister	Gronau
Gerhard Temminghoff	Vreden

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Landrat Wiesmann um eine Schweigeminute zum Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau.

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 16:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann teilt mit, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hubert Seggewiß, Rhede, zur Verkehrssicherungspflicht und Haftung bei Reitrouten vor. Herr Seggewiß könne jedoch aus beruflichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen. Die Frage werde daher schriftlich beantwortet und als **Anlage 1 der Niederschrift** beigefügt.

Punkt 2: Bestellung eines Schriftführers für den Kreistag und den Kreisausschuss Vorlage: 0316/2005

Berichterstatter: Landrat Gerd Wiesmann

Beschluss: einstimmig

Kreisamtmann Burkhard Venhues wird als Nachfolger für Kreisamtfrau Annette Deelmann zum Schriftführer für den Kreistag und den Kreisausschuss bestellt.

Punkt 3: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2006 Vorlage: 0011/2006

Berichterstatter: Kreiskämmerer Werner Haßenkamp

Zu den Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden Rudolf Schmitz, Schulte, Voß, Welper und Martin Schmitz wird auf die **Anlagen 2 bis 6** der Niederschrift verwiesen.

Kreistagsabgeordneter Bense erklärt sich für die Anträge 01-03 und 01-05 zur Förderung der hauptamtlichen Familienpflege für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über den Antrag 11-04 nicht abzustimmen und die Verwaltung zu beauftragen, den künftigen Umgang mit Pensionsverpflichtungen zu prüfen.

Nach kurzer Diskussion lässt Landrat Gerd Wiesmann über die noch aufrechterhaltenen Anträge der Fraktionen anhand der Liste der Änderungsanträge – Stand 30.01.2006 - abstimmen (alle Abstimmungsergebnisse s. **Anlage 7** der Niederschrift).

Kreistagsabgeordneter Voß erklärt, die UWG-Fraktion werde der Haushaltssatzung 2006 zustimmen. Er weise aber darauf hin, die UWG-Fraktion werde weiterhin das im Budget 12 aufgeführte Ziel „Sicherung des Schwerpunkt-Verkehrslandeplatzes Stadtlohn-Vreden und Entwicklung als Wirtschaftsimpuls für den Raum“ nicht mittragen.

Abschließend lässt Landrat Gerd Wiesmann über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss: 42 Ja-Stimmen
 17 Nein-Stimmen

Die Haushaltssatzung 2006 mit ihren Anlagen wird in der Fassung des Haushaltsentwurfs vom 24.11.2005 unter Berücksichtigung

- der Änderungsliste,
- mehrheitlich befürworteter Änderungsanträge aus der Antragsliste,
- des Kataloges mit den Zielen und Maßnahmen 2006 und
- der Regelungen zur Bewirtschaftung der Budgets verabschiedet.

Die Festlegung der Sicherheitsstandards wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 4: Witterungsbedingte Stromausfälle im Kreis Borken – Sachstandsbericht
 Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.01.2006
 Vorlage: 0033/2006**

Berichterstatte: Landrat Gerd Wiesmann

Landrat Gerd Wiesmann berichtet zum Schneechaos und Stromausfall im Kreis Borken (**Anlage 8 der Niederschrift**).

Auf Anfrage der Kreistagsabgeordneten Saatkamp antwortet Landrat Gerd Wiesmann, das von der Bonner Bundesnetzagentur bei der Bundesanstalt für Materialforschung und –prüfung in Auftrag gegebene Gutachten sei für eine abschließende Bewertung abzuwarten. Offen sei noch, ob das Mastsystem auf eine solche Witterungslage ausgerichtet gewesen sei und inwieweit es Materialfehler gegeben habe. Die Masten im Kreis Borken gehörten der geringsten der möglichen drei Belastungsstufen in Deutschland an. Generell stelle sich die Frage, nach welchen Maßstäben die Normen für Masten festzulegen seien.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, das unabhängige Gutachten der Bundesnetzagentur unter Hinzuziehung eines Experten im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu beraten.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Fischer antwortet Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues, es bestehe für die Landwirtschaft baurechtlich keine grundsätzliche Verpflichtung zur Anschaffung von Notstromaggregaten, bei immissionsschutzrechtlichen Verfahren werde diese jedoch in Einzelfällen gefordert. Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick ergänzt, wichtig sei auch eine Einspeisungsmöglichkeit für Notstromaggregate zu schaffen. Hier habe es im Einsatz des öfteren Probleme gegeben.

Punkt 5: Anpassung der Entgeltregelung der EGW für die Abfallentsorgung
Vorlage: 0004/2006

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp berichtet zu Anfragen aus der Sitzung des Kreisausschusses am 26.01.2006, die Entgelte für die unter den Ziffern 1.3.1 bis 1.3.5 der Anlage genannten Abfallarten hätten sich verdoppelt, da diese Materialien nach der Schließung der Deponie Borken-Hoxfeld nicht mehr wie bisher zur Anlegung der Deponiewege zur Mülleinbaukante genutzt werden könnten, sondern kostspieliger gelagert und zur Verwendung für die Rekultivierung der Deponie aufbereitet werden müssten. Bei der unter Ziffer 1.3.7 aufgeführten Mineralwolle (Big Bag) handele es sich um Abfälle mit einer besonderen Verpackungspflicht, die aufgrund ihres hohen Volumens höhere Kosten für Lagerung, Verladung und Transport verursachten. Die bisherigen Entgelte deckten diese Kosten nicht ab.

Kreistagsabgeordneter Lensing führt ergänzend aus, nach seinen Informationen seien die Standardmaße eines Big Bags erhöht worden. Die unverhältnismäßig hohe Kostensteigerung ergebe sich demnach aus der nun größeren pro Big Bag abgegebenen Abfallmenge.

Auf Bitten der Kreistagsabgeordneten Schulte sagt Landrat Gerd Wiesmann zu, die Vorlagen zur Abfallwirtschaft künftig mit umfangreicheren Informationen zu versehen.

Kreistagsabgeordnete Seidensticker-Beining bittet um Informationen zur künftigen Elektroschrottentsorgung im Kreis Borken. Landrat Gerd Wiesmann sagt eine Beantwortung in der Niederschrift zu.

Antwort der Verwaltung:

Für die Umsetzung des ElektroG zum 24.03.2006 werden in den Städten und Gemeinden des Kreises neun Übergabepunkte eingerichtet, an denen für die fünf getrennt zu sammelnden Altgerätegruppen jeweils Container aufgestellt werden. Fünf dieser Übergabepunkte werden dabei von privaten Entsorgungsunternehmen sowie dem ESB (Entsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb Bocholt), die übrigen vier von der EGW betrieben.

Für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises werden keine gravierenden Änderungen zu spüren sein. Vielmehr können diese ihre Altgeräte weiterhin, nun aber kostenlos, an den Wertstoffhöfen der Städte und Gemeinden und am Schadstoffmobil abgeben. Die Altgeräte werden nötigenfalls anschließend zu den Übergabestellen transportiert. Ob Altgeräte auch weiterhin beispielsweise im Rahmen des Sperrmülls abgeholt werden, liegt in der Entscheidung der Städte und Gemeinden. Das umgesetzte Konzept ist in der Bürgermeisterkonferenz am 20.09.2005 abgestimmt worden.

Beschluss: 48 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Den in Anlage 1 zur Sitzungsvorlage aufgeführten Entgelten der EGW ab dem 01.01.2006 wird zugestimmt.

Punkt 6: Straßenbericht mit Straßenbauprogramm 2006 und Hochbauprogramm 2006
Vorlage: 0009/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig
3 Enthaltungen

Dem Straßenbericht 2006 sowie dem Hochbauprogramm 2006 wird zugestimmt.

Punkt 7: Übertragung der Zuständigkeit für den Erlass von Tierseuchenverordnungen auf den Landrat
Vorlage: 0317/2005

Berichterstatter: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Die Zuständigkeit für den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Tierseuchenverordnungen des Kreises Borken als Kreisordnungsbehörde werden nach § 6 Satz 1 des Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz auf den Landrat übertragen.

Punkt 8: Errichtung von neuen Bildungsgängen an den Berufskollegs des Kreises Borken zum Schuljahr 2006/07
Vorlage: 0300/2005

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

Vorbehaltlich der schulfachlichen Genehmigung werden

der Bildungsgang „dreijährige (Höhere) Berufsfachschule "Staatlich geprüfte/r gestaltungstechnische/r Assistent/in im Schwerpunkt Grafikdesign und Objektdesign" gem. APO-BK Anlage C 1, am Berufskolleg Bocholt-West, Bocholt,

der Aufbaubildungsgang „Bildung und Schulvorbereitung in Tageseinrichtungen für Kinder“ in Teilzeitform gem. APO-BK Anlage E am Berufskolleg Lise Meitner in Ahaus,

der Bildungsgang „Allgemeine Hochschulreife (Erziehungswissenschaften) mit dem fachlichen Schwerpunkt Erziehung und Soziales“ gem. APO-BK Anlage D 16, am Berufskolleg Borken

und der Bildungsgang „Fachschule für Sozialwesen, Fachrichtung Heilerziehungspflege“ in Teilzeitform gem. APO-BK Anlage E am Berufskolleg Lise Meitner in Ahaus

zum Schuljahr 2006/07 errichtet.

Punkt 9: Künftige Förderung der Förderschulen für geistige Entwicklung in freier Trägerschaft (Haus Hall, Gescher; Wittekindshof, Gronau; Caritasverband, Bocholt)
Vorlage: 0303/2005

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreistagsabgeordnete Pohl erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Beschluss: einstimmig

Der Kreis Borken erstattet den freien Trägern der Förderschulen für geistige Entwicklung – Haus Hall, Gescher, Wittekindshof, Gronau, und Caritasverband, Bocholt –

1. die nach dem Schulgesetz NW anfallenden Eigenleistungen
2. die Kapitaldienste für den Schulbau und
3. einen Pauschalbetrag pro Schüler und Jahr für die nicht etatfähigen Kosten, der für
 - 2006 auf 200,- Euro
 - 2007 auf 300,- Euro
 - 2008 auf 400,- Euro und
 - ab 2009 auf 500,- Eurofestgesetzt wird.

Punkt 10: Landschaftsplanung im Kreis Borken
Landschaftspläne "Velen" und "Rekener Berge"; Änderung des Geltungsbereichs
Vorlage: 0309/2005

Berichterstatter: Lfd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig
1 Enthaltung

1. Der Geltungsbereich des Landschaftsplanes „Velen“ wird um die Grundstücke Gemarkung Groß Reken, Flur 14 tlw., 15 tlw. 16 tlw., 17, 18, 19, 20 und 21 tlw. verkleinert. Sie sind nicht mehr Bestandteil dieses Landschaftsplanes.
2. Der Geltungsbereich des zu ändernden Landschaftsplanes „Rekener Berge“ wird um die Grundstücke Gemarkung Groß Reken, Flur 14 tlw., 15 tlw. 16 tlw., 17, 18, 19, 20 und 21 tlw. erweitert. Diese sind nunmehr Bestandteil des LP „Rekener Berge“.
3. Die Beschlüsse werden gem. §§ 27 und 29 LG NW ortsüblich bekannt gemacht.

Punkt 11: Umbesetzung von Ausschüssen

- **Antrag der UWG-Fraktion vom 05.01.2006**
Vorlage: 0020/2006
 - **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 18.01.2006**
Vorlage: 0037/2006
-

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzender Clemens Voß
Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über den Antrag der UWG-Fraktion und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Umbesetzung von Ausschüssen zusammen abzustimmen.

Beschluss: einstimmig

Antrag der UWG-Fraktion

Die UWG-Fraktion wird künftig im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vertreten durch:

Ordentliches Mitglied: Franz-Josef Lütkenhorst, Haldener Str. 18, 46395 Bocholt

Erster Stellvertreter: Heiko Fischer, von Humboldtstr.10, 48599 Gronau

Bisherige Regelung: Ordentliches Mitglied Heiko Fischer, erster Stellvertreter: Franz-Josef Lütkenhorst

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN**Ausschuss für Natur und Umweltschutz**

Gertrud Welper, Vreden,
und Ralf Thiel, Reken, scheiden aus.

Neues Mitglied und Stellvertreter sind:
Bruno Hartling, Reken als Mitglied
Hermann Dreischenkemper, Reken als Stellvertreter
Jörg Kesselmann, Reken als Stellvertreter

Ausschuss für Verkehr und Bauwesen

Franz-Josef Rickers scheidet aus.

Neuer Stellvertreter ist
Dietmar Eisele, Ahaus

**Punkt 12: Versuche mit genmanipuliertem Maisanbau
Antrag der UWG-Fraktion vom 17.01.2006
Vorlage: 0035/2006**

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzender Voß

Der Fraktionsvorsitzende Voß erklärt, er habe den Antrag aufgrund der fehlenden Zuständigkeit des Kreises Borken in der Sitzung des Kreisausschusses am 26.01.2006 zurückgezogen.

Beschluss: kein Beschluss

Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 14: Anfragen

**Punkt 14.1: Rock- und Popmuseum Gronau
Anfrage der SPD-Fraktion vom 17.01.2006
Vorlage: 0034/2006**

Zur Anfrage der SPD-Fraktion führt Kreisdirektor Werner Haßenkamp aus, die Kreisverwaltung sei von der Stadt Gronau nicht auf die Mitfinanzierung der Betriebskosten des Rock- und Popmuseums angesprochen worden. Die Pläne der Stadt Gronau bezüglich der Weiterführung des Museums seien der Kreisverwaltung ebenfalls nicht bekannt.

**Punkt 14.2: Folgen der Streichung des zweiten Berufsschultages
Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.01.2006**

Kreisdirektor Werner Haßenkamp berichtet, die von der Streichung des zweiten Berufsschultages betroffenen Ausbildungsberufe seien noch nicht bekannt. Wahrscheinlich sei diese Entwicklung jedoch nicht relevant für den kaufmännischen und wirtschaftlichen Bereich. Für die übrigen Berufsbilder bedeute die geplante Änderung nicht den Abbau des Berufsschulunterrichts, sondern eine Verteilung der Stunden auf weniger Tage, z.B. durch Blockunterricht. Dies werde Probleme bezüglich der Räumlichkeiten mit sich bringen. Das Personal hingegen werde weiter in vollem Umfang benötigt. Sobald genauere Planungen und Informationen zu diesem Thema vorlägen, würden diese im Fachausschuss vorgestellt.

Kreistagsabgeordneter Cebaus erkundigt sich, ob es richtig sei, dass Berufsausbildungen über das Berufsbildungsgesetz geregelt würden und das Land in diesem Bereich keine Einflussmöglichkeiten habe. Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt eine Beantwortung in der Niederschrift zu.

Antwort der Verwaltung:

Das Berufsbildungsgesetz regelt in § 3 Abs. 1: "Dieses Gesetz gilt für die Berufsausbildung, soweit sie nicht in berufsbildenden Schulen durchgeführt wird, die den Schulgesetzen der Länder unterstehen."

Damit erstreckt sich die Kompetenz der Länder in der Dualen Berufsausbildung auf den Berufsschulunterricht.

Punkt 14.3: Flutopferhilfe in Südostasien

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick berichtet, nachdem der Kreistag in seiner Sitzung am 20.01.2005 beschlossen habe, sich an dem Wiederaufbau einer Partnerregion in Südostasien zu beteiligen, habe sich die Kreisverwaltung an die zentrale Anlaufstelle für deutsche Spender (Kommunen, Schulen, Bürger und Bürgerinnen) auf Bundesebene, die InWEnt gGmbH (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) gewandt. Ziel der von dort unterstützten Projekte sei die Schaffung nachhaltiger Hilfe, so dass die Organisation längere Zeit in Anspruch genommen habe. Zuletzt habe die Servicestelle zwei Projekte zur Unterstützung vorgeschlagen, die jedoch beide nicht für eine kommunale Unterstützung geeignet seien. Das Eine sei ein Projekt zur Wiederanpflanzung von Mangrovenwäldern und das Andere die Möglichkeit zur Unterstützung der MISEREOR- Projekte gewesen.

Bei einer Konferenz auf Landesebene sei deutlich geworden, dass die für die Opfer der Flutkatastrophe gespendeten Mittel zur Abdeckung aller Maßnahmen ausreichen würden und weitere Spenden für diesen Zweck nicht mehr vonnöten seien. Daher schlage die Verwaltung vor, von einer Spende für diesen Zweck abzusehen.

Punkt 14.4: Sicherheitsüberprüfung der kreiseigenen Gebäude Frage 8 der Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.01.06

Zur Anfrage der SPD-Fraktion von 18.01.2006 berichtet Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues, die Katastrophe von Bad Reichenhall verdeutliche, dass an Gebäude ein hoher Sicherheitsanspruch zu stellen sei, der die Gefährdung von Menschen ausschließe. Dies gelte neben den statischen Belangen ebenso für den Brandschutz. Daher würden diese beiden elementaren Sicherheitsanforderungen bei der laufenden Bauunterhaltung und Sanierung der kreiseigenen Gebäude berücksichtigt. Größere Tragwerkskonstruktionen mit Leimbändern gebe es bei den Dreifachsporthallen der berufsbildenden Schulen in Gronau und Ahaus. Die Sporthalle in Ahaus sei im Rahmen der Sanierungsarbeiten vor etwa 2 Jahren von einem Statiker überprüft worden. Die Dreifachsporthalle in Gronau werde in Kürze untersucht. Grundsätzlich zeige sich, wie auch verschiedenen Presseberichten zu entnehmen sei, wie wichtig die frühzeitige Bereitstellung von Bauunterhaltungsmitteln und Durchführung von Sanierungsarbeiten sei.

Die 1. stellvertretende Landrätin Wahle schließt die Sitzung um 20:35 Uhr.

gez.

Gerd Wiesmann

gez.

Kirsten Tenspolde